Schwerpunkt: Ethik und Corona

Vanessa Urbanek · Arno von Schuckmann

Angenommen: 2. August 2021 / Online publiziert: 8. September 2021
© The Editor(s) 2021

Das Jahr 2020 stellt eine Zäsur dar. Der Ausbruch des Coronavirus SARS-CoV-2 (COVID-19) brachte das gesellschaftliche Leben weltweit zum Erliegen. Nachdem sich COVID-19 zunächst in China ausbreitete und zu einer Epidemie entwickelte, erklärte die Weltgesundheitsorganisation WHO das Virus am 12. März 2020 zu einer Pandemie (COVID-19-Pandemie) (WHO 2020).

In Deutschland wurde COVID-19 erstmals im Januar 2020 entdeckt und bestimmt seither das Handeln der politischen Akteure. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach von der „größten Herausforderung seit dem zweiten Weltkrieg“ (Merkel 2020). Zu Beginn der Pandemie gab es wenige Daten über das Coronavirus, dessen Infektionswege oder die zu erwartenden Krankheitsverläufe. Das Virus entpuppte sich allerdings schnell als besonders tückisch, da der Verlauf und die Schwere der Erkrankung individuell stark variieren. Es ließen sich lediglich Tendenzen ausmachen, welche gesellschaftlichen Gruppen besonders gefährdet sind. Unter diesen Bedingungen war es den politischen Akteuren zunächst kaum möglich vorausschauend zu handeln und zu entscheiden.

Entscheidungen mussten dennoch getroffen werden. Es galt dabei immer zwischen dem Schutz der Bevölkerung und den möglichen negativen Folgen der beschlossenen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung abzuwägen. Aufgrund der besonderen Entscheidungssituationen – diese waren in einem hohen Maße von Nicht-Wissen und somit Unsicherheit geprägt – wurden massive Einschränkungen des gesamten gesellschaftlichen Lebens beschlossen. Die hohe Geschwindigkeit, mit der die Maßnahmen getroffen wurden, verdeutlicht, dass zu Beginn der Pandemie den Empfehlungen der Virologen und Epidemiologen die größte Bedeutung zugemessen

Vanessa Urbanek (✉) · Arno von Schuckmann
NRW School of Governance, Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen,
Lotharstraße 53, 47057 Duisburg, Deutschland
E-Mail: Vanessa.urbanek@stud.uni-due.de

wurde. Mit anhaltender Dauer der Pandemie und der Eindämmungsmaßnahmen wurden jedoch Stimmen aus anderen wissenschaftlichen Disziplinen prominenter, die ebenfalls Geltung beanspruchten. Insbesondere aus der Psychologie, der Soziologie und der Wirtschaftswissenschaft mehrten sich Verweise auf die ernstzunehmenden und bisher zu wenig bedachten Folgen der bis dato vorherrschenden Corona-Politik. Es stellt sich immer wieder die Frage danach, welche Kosten wir für die Bekämpfung des Corona-Virus zu zahlen bereit sind oder anders gesagt: Welcher Zweck heiligt welche Mittel? Dagmar Schulze Heuling (2020) geht sogar so weit, die Frage aufzuwerfen, „ob die Antipandemiepolitik das Gebot der Achtung der Menschenwürde verletzt“?

Trotz der beispiellosen Einschränkungen individueller und kollektiver Freiheiten stimmten große Teile der Bevölkerung den Maßnahmen weitestgehend zu. Zusammenhalt und Solidarität innerhalb der Gesellschaft wurden besonders betont und es zeigte sich ein neuer gesellschaftlich akzeptierter Etatismus. Die Unterstützung ist im weiteren Verlauf der Pandemie allerdings zurückgegangen.¹ Zunächst wurde der Unmut in der Bevölkerung darüber größer, dass die Eindämmungsmaßnahmen regional und lokal starke Unterschiede aufwiesen. Hinzu kam, dass die Bevölkerung zunehmend Kreativität, Innovation und Flexibilität im Pandemiemanagement vermisst hat, da den politischen Akteuren auch nach Monaten der Pandemie keine andere Lösung als der Lockdown eingefallen ist. Karl-Rudolf Korte (2021) beschreibt diese Dissonanz zwischen dem Appell an die Bürger, sich solidarisch zu verhalten und dem tatsächlichen obrigkeitstaatlichen Auftreten der politischen Akteure als folgenreichen Irrweg, denn „wer Solidarität in der Krise anordnet, aber kommunikativ nur auf ein Verordnungsregime setzt, verliert die Zustimmung der Bürger und die Chance, Vielfalt als Garant von Sicherheit einzusetzen“. Schließlich haben eine Reihe von Skandalen und Affären für einen deutlichen Vertrauensverlust der Bevölkerung in das Krisenmanagement gesorgt und es verbreitete sich phasenweise der Eindruck, dass die Corona-Politik zunehmend für den Wahlkampf instrumentalisiert wurde. Damit hat die Politik einen erheblichen Teil des Vertrauens, das die Bevölkerung ihr anfangs entgegengebracht hat, verspielt.

Obwohl bezüglich vieler Fragen der Pandemie weiterhin deutliche Unsicherheiten bestehen – beispielsweise bei der Frage danach, welchen Umfang immaterielle Schäden insbesondere in den Bereichen der Bildung und der psychischen Gesundheit tatsächlich haben – gelten einige Aussichten dennoch als gesichert: Die bisherigen Varianten des Virus werden wohl nicht die letzten bleiben, wir werden eventuell langfristig mit dem Virus leben müssen und durch das immer stärker werdende Vordringen des Menschen in Lebensräume von Wildtieren besteht eine hohe

¹ Die Umfragewerte der Forschungsgruppe e.v. zu Beginn der Pandemie im Mai 2020 zeigen, dass die Akzeptanz für die zu dem Zeitpunkt geltenden staatlichen Maßnahmen in der Corona-Krise hoch ist. Dabei empfanden 66 % der Befragten die Corona-Maßnahmen als genau so richtig. Gleichzeitig erreichte die Union einen Spitzenwert in der Umfrage von 38 % (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2020). Im März 2021 waren es dann allerdings nur noch 31 % der Befragten, die die Corona-Maßnahmen als genau richtig empfunden haben. Auch die Stimmen (56 %) nach mehr Lockerungen bei Corona-Maßnahmen wurden immer lauter. Das spiegelte sich auch in dem Umfragewert der Union wider, der nur noch bei 28 % lag (Forschungsgruppe Wahlen e.V. 2021).

Wahrscheinlichkeit, dass wir in Zukunft häufiger mit vergleichbaren Krankheiten konfrontiert werden (Schmidt-Chanasit 2020).

Vor diesem Hintergrund diskutiert die vorliegende Ausgabe verschiedene Fragen des Themenkomplexes *Ethik und Corona*. Den Auftakt bildet Klaus Steigleder mit seinem Essay „Ethische Zielkonflikte in der Corona-Krise“. Hierin zeigt er auf, inwiefern die Angewandte Ethik durch bereichsübergreifende Probleme an ihre Grenzen stößt und welche Probleme mit der Definition eines öffentlichen Interesses verbunden sind. Anschließend wirft Sven Grundmann in seinem Beitrag „Politikberatung durch den Deutschen Ethikrat: Ein Kommentar zur argumentativen Qualität von normativen Empfehlungen zur Bewältigung der Covid-19 Pandemie“ einen ausführlichen Blick auf die Arbeit des Deutschen Ethikrats im Kontext der Pandemiepolitik. Grundmann stellt argumentationsanalytisch verschiedene Schwächen der Stellungnahmen und Empfehlungen heraus und legt dar, welche Lehren daraus für die zukünftige Arbeit des Deutschen Ethikrats gezogen werden können. Sodann folgt eine Analyse von Maximilian Schiffers mit dem Titel „Illegitime Geschäfte in der ‚Coronakratie‘ – ethische Perspektiven auf die Einflussnahme durch politische Entscheidungsträgerinnen und -träger“. Schiffers analysiert die Vorgänge rund um die Maskenaffäre des Frühjahrs 2021, stellt verschiedene ethische Perspektiven zum Problemfeld der Transparenz politischer Entscheidungen dar und verdeutlicht, an welchen Stellen die bisherigen Normen unzureichend wirken. Abschließend beleuchtet Dominik Enste in seinem Beitrag „Wirtschaft und Corona: Die Bedeutung von Vertrauen in Krisenzeiten“ das schwierige Verhältnis von Vertrauen und Kontrolle. Enste stellt fest, dass politische Akteure in Krisenzeiten strategisch entscheiden müssen, wie sie die Balance dieser beiden Aspekte gestalten und plädiert dafür, dem Vertrauen mehr Spielraum zu geben.

Literatur

- Forschungsgruppe Wahlen e.V.. 2020. Politbarometer Mai I 2020. https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2020/Mai_I_2020/. Zugegriffen: 29. Juli 2021.
- Forschungsgruppe Wahlen e.V.. 2021. Politbarometer März 2021. https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2021/Maerz_2021/. Zugegriffen: 29. Juli 2021.
- Korte, K.-R. 2021. Kuratiertes Regieren: Bausteine der Resilienz, In: Florack, M., et al. (Hrsg.), *Coronakratie: Demokratisches Regieren in Ausnahmezeiten*. Frankfurt, New York: Campus. S. 25–42.
- Merkel, A. 2020. Fernsehansprache von Bundeskanzlerin Angela Merkel. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975232/1732182/d4af29ba76f62f61f1320c32d39a7383/fernsehansprache-von-bundeskanzlerin-angela-merkel-data.pdf?download=1>. Zugegriffen: 29. Juli 2021.
- Schmidt-Chanasit, J. 2020. Corona-Krise: Wie hängen Pandemie, Umweltzerstörung und Klimawandel zusammen? <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/coronavirus/308483/pandemien-umwelt-und-klima>. Zugegriffen: 29. Juli 2021.
- Schulze Heuling, D. 2020. Ethik und Corona. *Z Politikwiss* <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00240-5>.
- WHO. 2020. WHO erklärt COVID-19-Ausbruch zur Pandemie. <https://www.euro.who.int/de/health-topics/health-emergencies/coronavirus-covid-19/news/news/2020/3/who-announces-covid-19-outbreak-a-pandemic> (Erstellt: 12. März 2020). Zugegriffen: 29. Juli 2021.